



Armin Laschet

Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
des Deutschen Bundestages
Ministerpräsident a.D.

Herrn
Günter Striewe
Brunnenstraße 98
40764 Langenfeld

21 . September 2026

Sehr geehrter Herr Striewe,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben und Ihren Hinweis auf die Gedanken, die Sie sich über unser Land machen und publizieren, insbesondere zur Steuerreform. Als ehemaliger Finanzbeamter können Sie sicher viele hilfreiche Hinweise für eine gerechtere Steuerpolitik geben.

Am 2. September 2026 hat das Bundeskabinett den Entwurf zur Einkommenssteuerreform beschlossen. Der Entwurf sieht vor, Familien und Menschen mit geringen und mittleren Einkommen zu entlasten. Dafür steigen das Kindergeld, der Grundfreibetrag, der Kinderfreibetrag und der Arbeitnehmer-Pauschbetrag an. Insgesamt wird ein Entlastungsvolumen von zehn Milliarden Euro erzielt. Dieses muss natürlich im Bundeshaushalt gegenfinanziert werden.

Das ist schwer, wenn nicht zugleich Wachstumsimpulse gesetzt werden. Es ist richtig, dass die CDU immer auch eine soziale Partei war und ist, die auch Menschen mit wenig Geld im Blick hat. Sicher wären weitere Steuerentlastungen wünschenswert, aber auch die Sozialausgaben steigen beständig an. Die Geldleistungen der Rentenversicherung stieg 2025 um 23

Milliarden auf knapp 418 Milliarden Euro, die Ausgaben für Pensionen um 4,6 auf 95 Milliarden Euro, die Zuwächse beim Arbeitslosengeld führen zu einem Ausgabenanstieg um 4,5 Milliarden auf 28,2 Milliarden Euro. Die Liste der Beispiele lässt sich fortsetzen mit Berufsförderung, Wohngeld, Krankengeld, Pflegegeld usw..

Wir leben in einer herausfordernden Zeit mit internationalen und innenpolitischen Konflikten. Das hat Auswirkungen auf uns, ebenso wie die Überalterung unserer Gesellschaft und der Fachkräftemangel. Deshalb brauchen wir Wirtschaftswachstum, um Spielraum für weitere Entlastungen zu haben. Sie haben Recht, dass wir dabei stets auch das Soziale im Blick haben müssen und auch mit Empathie argumentieren sollten. Viele unbequeme Entscheidungen heute dienen aber dazu, den Sozialstaat auch weiterhin dauerhaft finanzieren zu können.

Mit freundlichen Grüßen

